

Lauterbachs holpriger Erklärungsversuch zu den Logiklücken der Maskenpflicht

Stand: 08.09.2022 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Kaja Klapsa**
Redakteurin Innenpolitik



Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD)

Quelle: dpa/Michael Kappeler

Der Bundestag beschließt das neue Infektionsschutzgesetz. Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) zeigt sich entschlossen, die FFP2-Maskenpflicht notfalls auch im Flugzeug zurückzubringen. Und auch ein altes Instrument für weitreichende Corona-Eingriffe ist im Ernstfall wieder denkbar.

Als Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) auf die neue FFP2-Maskenpflicht (<https://welt.de/240898359>) zu sprechen kommt, wird er etwas emotional. Er bedanke sich, dass sein Kollege Justizminister Marco Buschmann (FDP) und die Fraktionen der Ampel-Koalition dem „wissenschaftlichen Sachstand Platz gemacht“ hätten, erklärt Lauterbach bei der Beratung des neuen Infektionsschutzgesetzes im Bundestag.

Er wisse, dass eine verschärfte Maskenpflicht bei einer milderen Variante schwer zu erklären sei. Es gebe Leute, so Lauterbach mit Blick auf die AfD, denen man dies niemals werde erklären können. „Wir halten zusammen“, ruft Lauterbach dann laut in den Saal. FFP2-

Masken seien mittlerweile „in der Medizin Konsens“. Man gehe hier mit der Wissenschaft und mit dem Expertenrat konform, so der Gesundheitsminister unter lautem Applaus.

Lauterbach versucht in seiner Rede, eine Einigkeit zu beschwören, die es eigentlich nicht gibt. Die Frage, in welchen Bereichen des öffentlichen Lebens eine Maskenpflicht gelten soll und ob es sich dabei um eine medizinische OP-Maske oder FFP2-Maske handeln muss, war der entscheidende Streitpunkt bei den Verhandlungen der Ampel-Parteien zum neuen Infektionsschutzgesetz, das am Donnerstag beschlossen wurde.

Die FDP wollte dem Vernehmen nach die Maskenpflicht am liebsten nur in Krankenhäusern und Pflegeheimen vorschreiben, SPD und Grüne bestanden hingegen auch auf den Fern- und Flugverkehr. Auf den letzten Metern einigte man sich schließlich auf Druck der Liberalen darauf, die Maskenpflicht in Zügen aufrechtzuerhalten, in Flugzeugen aber nicht (<https://welt.de/240881289>). Stattdessen und offenbar im Gegenzug wurde die Maskenpflicht auf die Arztpraxen ausgeweitet – allerdings nur für die Patienten, nicht das Personal.

Eine Unterscheidung, die den Bürgern kommunikativ nur schwer zu erklären ist. Entsprechend holprig fallen auch die Erklärungsversuche der Ampel-Politiker vor allem bei der Frage des Flugverkehrs aus. Es würden schlicht mehr Menschen Zug fahren als fliegen, sagt etwa Lauterbach.

Die „Luftdurchwältung“ im Flugzeug sei „nicht perfekt“, aber dennoch deutlich intensiver als in einem Bus oder einem Zug. Wenn die Corona-Lage es notwendig mache, werde die Bundesregierung aber „nicht zögern“, per Verordnung auch in Flugzeugen eine FFP2-Maskenpflicht wieder einzuführen. Eine Ankündigung, die bei der FDP für Stirnrunzeln sorgen dürfte.

Auch bei den Grünen ist man offenbar nicht glücklich über den Maskenkompromiss. Das Virus interessiere es nicht, ob es Menschen in Bus, Bahn oder Auto anstecke, sagte Janosch Dahmen, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion. „Gerade als Arzt kann ich nur appellieren, weiter auch im Flugzeug Maske zu tragen, auch wenn wir die Regeln hier an europäische übrige Regeln anpassen.“

Die Regelung sei nicht unwissenschaftlich, sondern eine Harmonisierung der europäischen Regeln „im Sinne der Nachvollziehbarkeit“, so Dahmen. Dass auch Bahnverkehr grenzüberschreitend sein kann, erwähnt er hierbei nicht.

Sieben Nein-Stimmen von der FDP

Abseits des Streitpunkts rund um die FFP2-Maskenpflicht zeigen sich die Ampel-Parteien in der Debatte fast ausnahmslos zufrieden mit dem neuen Gesetz. Wer verantwortlich handeln will, könne der Vorlage „guten Gewissens zustimmen“, sagt etwa die Fraktionsvize der Grünen, Maria Klein-Schmeink. Die Vorlage sei mit Augenmaß und gebe gleichzeitig ein Maximum an Handlungsspielraum.

Auch die SPD-Abgeordneten (<https://welt.de/240660665>) verteidigen das Gesetz ausdrücklich. Die öffentliche Zustimmung der beiden Parteien stellt einen großen Kontrast zum März dar, als im Bundestag das aktuell gültige Infektionsschutzgesetz beschlossen wurde. Damals sagte Klein-Schmeink mit Blick auf die Abschaffung vieler Corona-Maßnahmen, es handele sich um einen Entwurf, „der uns Grüne nicht zufriedenstellt“.

Innerhalb der FDP rumort es hingegen stärker. Nach kontroversen Debatten der vergangenen Wochen stimmen am Donnerstag sieben Abgeordnete gegen das Gesetz. Dazu gehören etwa Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki, Ex-Generalsekretärin Linda Teuteberg und der Abgeordnete Frank Schäffler. Bei der vergangenen Abstimmung im März gab es keine einzige Nein-Stimme.

Leicht hat es den Ampel-Parteien in der Debatte die Opposition gemacht. So kritisieren Union und Linke zwar wiederholt das aus ihrer Sicht chaotische Gesetzgebungsverfahren und die kurzfristigen Änderungen, bleiben bei konkreter inhaltlicher Kritik aber weitgehend vage. „Ich finde es schade, dass heute wieder die Chance vertan wird, diesen Herbst als Übergang in die Normalität zu gestalten, mehr Eigenverantwortung, mehr Pragmatismus“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion Tino Sorge (CDU). Im europäischen Ausland sei dies längst der Fall. Welche konkreten Maßnahmen er hierfür aus dem Gesetzespaket streichen würde, lässt er weitgehend offen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion Kathrin Vogler wirft der Bundesregierung indes eine zu große Nähe zu den Lobbyisten der Luftfahrtbranche vor, die

sich vehement für ein Aussetzen der Maskenpflicht eingesetzt hatten. Auch sei es verpasst worden, die Schulen mit ausreichend Luftfiltern auszustatten und eine bessere Teststrategie zu entwickeln.

Die AfD nimmt keinen direkten Bezug zum Gesetz, sondern präsentiert Erfahrungsberichte von Betroffenen, die aufgrund von Freiheitseinschränkungen oder Impfung zu Schaden gekommen sein sollen.

Insgesamt scheint es, als hätte sich Lauterbach in den Verhandlungen deutlich besser gegen Justizminister Buschmann durchsetzen können als bisher. Das Infektionsschutzgesetz enthält zum Beispiel für den Notfall weiterhin den derzeit stillgelegten Maßnahmenkatalog aus dem vergangenen Winter.

Heißt: Sollte sich die Pandemielage deutlich verschlechtern, könnte der Bundestag erneut die sogenannte epidemische Lage nationaler Tragweite ausrufen. Dann wären etwa Schulschließungen und Ausgangssperren wieder denkbar.

Buschmann nutzt allerdings jede Gelegenheit, um zu beteuern, dass dies als extrem unwahrscheinlich gilt. Und sagt im Bundestag: „Es müsste sich schon der Hölle unter uns auftun.“

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240944725>